LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/4335**

06.11.2013

Beschlussempfehlung

des Rechtsausschusses

Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Oer-Erkenschwick, das Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 9. Dezember 2011 (GV. NRW 2011 S. 661 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 24/12
Vorlagen 16/485 und 16/1244

Berichterstatter Abg. Dr. Robert Orth

Beratung

Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 6. November 2013 mit dem oben angegebenen Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof - VerfGH 24/12 - befasst und beschlossen, eine Stellungnahme nicht zu empfehlen.

Beschlussempfehlung

Der Landtag nimmt zu dem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof nicht Stellung.

Dr. Robert Orth
Vorsitzender

Datum des Originals: 06.11.2013/Ausgegeben: 08.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de